

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur:
Fritz Knaus.
Druck u. Verlag: Auer-Druck-
u. Verlagsanstalt m. b. H.
Auer. Telegramm-Adresse:
Tageblatt Erzgebirge.
Fernsprecher-Nummer Nr. 23.

Abonnementspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 3.50 M. Bei der Geschäftsstelle abwärts monatlich 3.40 M. Bei der Post bezahlt und selbst abgeholt vierteljährlich 10.50 M., monatlich 3.50 M. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 11.40 M., monatlich 3.80 M. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonntagen und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind für die erste Zeile oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Hfg., auswärts 80 Hfg., Restbezugszeit für Auer und den Bezirk Schwarzenberg 40 Hfg., sonst 50 Hfg. Bei größeren Abhängen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann keine Haftung übernommen werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder dem Anzeigensetzer nicht deutlich lauter ist.

Nr. 103

Donnerstag, den 6. Mai 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der bisherige sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer verabschiedete sich gestern von den Ministerialdirektoren sämtlicher Ministerien und übergab die Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger Buck.

Der französische Ministerpräsident Millerand ist zwecks Rücksprache mit deutschen Handels- und Industriekreisen zum Besuche der Messe in Frankfurt a. M. eingetroffen.

Wie verlautet, hat Präsident Wilson beschlossen, sein Veto gegen die Resolution Knox über das Eintreten des Friedenszustandes mit Deutschland und Oesterreich einzulegen.

Der ungarischen Friedensdelegation ist gestern nachmittag in Versailles die Antwort auf die Gegenvorschläge Ungarns übermittelte worden. Die Antwort der Ungarn muß binnen zehn Tagen erfolgen.

Nordfriesland wurde am 5. Mai von den Dänen militärisch besetzt.

Die unmögliche Schiffsablieferung

Eine deutsche Denkschrift in Paris.

Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Reparationskommission eine Denkschrift überreicht, in der in Ergänzung der von der deutschen Schiffsablieferungsdelegation bereits im März d. J. übergebenen ersten Denkschrift gesagt wird, wie groß die Einfuhr der für Deutschland lebenswichtigen Rohstoffe vor dem Kriege war und wie diese Einfuhr sich nach dem Kriege infolge der Wirkungen des Friedensvertrages einschränken müßte. Für den Transport dieser Mengen von Rohstoffen würden bei strikter Durchführung des Friedensvertrages 700 000 Tonnen Schiffsraum fehlen. In der Erwartung, daß die Hälfte hiervon irgendwie anderweitig beschafft werden kann, kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß, wie schon in der ersten Denkschrift beantragt, Deutschland zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs 350 000 Tonnen seines eigenen zur Uebergabe an die Alliierten bestimmten Schiffsraumes anzuheben belassen werden müssen. Deutschland schlägt hierfür die folgende Regelung vor:

1. Die Ablieferung und Ueberweisung der noch in deutschem Besitz befindlichen Frachtschiffe über 1600 Bruttoregistertonnen wird auf 2 Jahre hinausgeschoben. Zum Ausgleich für die während dieser Zeit durch die Verwertung entstehende Wertminderung wird die deutsche Regierung einen angemessenen Abschreibungsatz zahlen.

2. Hinsichtlich der Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen erklärt sich der Wiedergutmachungsausschuß mit den bereits ausgeführten Schiffen dieser Größe befriedigt.

3. Soweit infolge der Auslieferung von Schiffen die Deutschland nach 1. und 2. überlassenen Schiffe nicht den Schiffsraum von 350 000 Bruttoregistertonnen erreichen, wird ihm der hieran fehlende Schiffsraum aus den von Süd- und Mittelamerika heimkehrenden Frachtschiffen unter der Bedingung zu 1. zur Verfügung gestellt.

4. Die Wiedergutmachungskommission wird ersucht, den Maritime Service zu bevollmächtigen, über die Ausführung dieses Vorschlages mit der deutschen Schiffsablieferungsdelegation, welche sich jetzt wieder nach London begibt, zu verhandeln.

Die deutsche Note betont zum Schluß nochmals, daß, wenn Deutschland der geforderte Schiffsraum nicht befreit wird, das deutsche Wirtschaftsleben und die innere Ordnung Deutschlands in einer Weise gestört würden, daß die Erfüllung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen in Frage gestellt, wenn nicht unmöglich gemacht werden würden.

Ludendorff über seine Tätigkeit und seine Pläne.

Eine Unterredung in Holland.

In einer Depesche an den New York American schreibt der bekannte amerikanische Journalist Karl von Wegand, wie er General Ludendorff aufgespürt hat, und gibt darin anschließend ein Interview mit dem General. Wegand traf den General in idyllischer Landschaft am Ausgang eines Waldes. Aus den Aeußerungen Ludendorffs wollen wir die folgenden wiedergeben: Ich habe seit einiger Zeit nicht viel von der Welt gehört, sagte der General, ich lebe hier still und zurückgezogen, beschäftige mich mit Schreiben, lese viel, gehe spazieren und arbeite im Garten. Die körperliche Bewegung einerseits und die absolute seelische Ruhe andererseits erfrischt mich außerordentlich. — Aus Berlin geflohen, wie behauptet wird, bin ich nicht, aber ich habe Berlin verlassen, weil in Berlin genau wie im November 1918 maßlos gegen mich gehetzt worden ist. Mit allen Mitteln der Lüge und Verleumdung wurde gegen mich gekämpft. Ich beabsichtige aber in

einigen Tagen nach Berlin zurückzukehren. Ueber das Rapp-Lüttich-Unternehmen kann ich mich aus wohl begründeten Gründen nicht äußern, solange die gerichtlichen Untersuchungen schweben. General v. Lüttich, der unsere gebrochene militärische Kraft richtig einschätzte, hat ganz gewiß nicht den Gedanken eines möglichen Revanchekrieges gehabt, wie dies der frühere Reichskanzler Bauer fälschlich behauptet. Er hat allein die Gefahr des inneren und äußeren Kommunismus für Deutschland im Auge gehabt. Ich habe diese Neuerung des früheren Reichskanzlers sehr bedauert, denn sie mußte Frankreich mit Veranlassung zum Einmarsch nach Frankfurt und Darmstadt und für die unglückliche Forderung der Entwaffnung der Einwohnerwehren geben. Ueber die Möglichkeit eines neuen Militärbutsches sagte Ludendorff: Ich halte einen solchen Butsch für völlig ausgeschlossen und unsinnig. Die Gerüchte darüber sind lediglich Wahlmanöver und Mittel der Regierung, ihre im Grunde sehr erschlaffte Position noch zu halten. Ich betrachte diese Gerüchte als ein Verbrechen am deutschen Volk, weil sie immer wieder den Regierungen der Ententemächte Vorschub leisten. Ihre Wähler glauben zu machen, daß von Deutschland eine Militärreaktion und damit ein neuer Krieg drohe. Eine konservative Regierung im alten Sin-

ne des Wortes ist in Deutschland unmöglich. Ich würde gern eine konstitutionelle demokratische Regierung sehen, die ihre Hauptaufgabe in der Lösung der Wirtschaftskrisen sucht. Was wir jetzt erleben, ist eine klägliche Dilettantenregierung. (Und die Dilettanten des Rapp-Butsches, die Ludendorff doch mit seinem freundschaftlichen Rat unterstützte? D. Red.)

Ludendorff behauptete auch, daß das Sowjetstern in Rußland sich nicht auf die Dauer halten könne, wenn Deutschland nicht ebenfalls radikal werde, und daher verfolge die Sowjetregierung dieses Ziel mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Ludendorff betonte von neuem, daß Deutschland nie wieder zum alten Regime zurückkehren könne, denn das Volk sei darüber hinausgewachsen und würde es nie wieder anerkennen. Ludendorff schreibt zurzeit einen Nachtrag zu seinen Kriegserinnerungen. Darin sollen sehr wichtige Dokumente des Generalstabes veröffentlicht werden, die die Behauptung widerlegen sollen, er wäre allmächtiger Diktator gewesen und seine Politik wäre für Deutschlands Niederlage und Zusammenbruch verantwortlich. Am Ende der Unterredung drückte Ludendorff sein Vertrauen aus, daß Amerika, welches uns die Niederlage brachte, seinen Idealen treu bleiben und uns die Hand nicht verweigern werde, uns wirtschaftlich wieder auf die Füße bringen zu helfen.

Das Regierungsprogramm des Ministerpräsidenten Buck.

Die Mittwoch-Sitzung der Sächsischen Volkskammer, auf deren Tagesordnung als erster Punkt Mitteilungen des Ministerpräsidenten über die Regierungsabklärung standen, wurde 1/2 Uhr durch den Präsidenten Bräutigam eröffnet. Er erteilte sofort das Wort an

Ministerpräsident Buck,

der folgendes ausführte: Nach der am 4. Mai durch die Volkskammer vollzogenen Wahl des Ministerpräsidenten habe ich auf Grund der Bestimmung im § 12 des vorläufigen Grundgesetzes für den Freistaat Sachsen die Verpflichtung zur Berufung meiner Mitarbeiter für das Gesamtministerium erfüllt. Die Herren Dr. Harnisch, Heldt, Kühn, Dr. Reinhold, Schwarz und Dr. Seyfert haben sich nach Rücksprache auf mein Ersuchen bereit erklärt, die Arbeit in der sächsischen Regierung zu übernehmen resp. weiter zu führen. Zu meinem Stellvertreter habe ich den Minister des Innern Herrn Kühn bestimmt. Durch die Berufung der benannten Herren ist, wie wohl auch nicht anders erwartet wurde, an der seit Oktober 1919 geschaffenen

Koalitionspolitik festgehalten

und der Wille bekundet, die Arbeit zwischen Sozialdemokraten und Demokraten gemeinsam fortzuführen.

Ich werde im Bewußtsein der Schwere der übernommenen Verpflichtung den Versuch machen, den Forderungen meiner Volksgenossen gerecht zu werden, sie in gemeinsamer Beratung mit meinen Ministerkollegen vorzubereiten und mit Ihnen, meine Damen und Herren, zu vollenden und durchzuführen. In dieser Durchführung ist aber auch verständnisvolle Mitarbeit aller unserer Volksgenossen im Lande notwendig. Die sieben Männer der Regierung können von dem besten Willen besetzt sein und den eifrigsten Fleiß entfalten, ihre Arbeit bleibt wirkungslos, wenn nicht die Volkskammer und die Volksgenossen den Willen in die Tat umsetzen und dem toten Buchstaben der Gesetze und Verordnungen Leben und Geist geben. Ich richte daher den Appell zur Mitarbeit an alle, die guten Willens sind und gleich der Regierung den Wunsch haben, die uns durch den Weltkrieg hinterlassene Leidenszeit so weit es Menschen vermögen, abzukürzen.

Dazu ist die Erkenntnis nötig, daß zu der Titanenarbeit des Wiederaufbaues der zusammengebrochenen Wirtschaft außer der Hergabe der ganzen Verantwortlichkeit des Einzelnen auch das Maß von Geduld und Fähigkeit eingehalten werden muß, das allein die Sicherheit des gewünschten Erfolges verbürgt. In der Rede des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer vom 20. März 1919 in der Volkskammer wird Bezug genommen auf den

Aufruf der Volksbeauftragten an das sächsische Volk

vom 18. November 1918. In dem Inhalt dieser Rede bekenne ich mich nach wie vor, er wird auch während meiner nunmehr aufgenommenen Tätigkeit Rücksicht und Programm sein, das als solches nicht im Widerspruch mit den Grundanschauungen der deutschen Demokratie steht und auch übereinstimmt mit den Ausführungen des Ministerpräsidenten in der Volkskammer am 6. Oktober 1919.

Eine gewaltige Arbeit ist in politischer Beziehung in den letzten 18 Monaten geleistet worden, das erkenne ich an, dankbar der Männer gedenkend, die bisher in der sächsischen Regierung mit großem Fleiß versucht haben, alle Schwierigkeiten in unserer verarmten, unter den harten Bedingungen des Friedensvertrages am meisten mit leidenden Vaterlande zu überwinden. Wenn Erbitterung und Leidenschaftlichkeit, die Folgen von Not, Entbehrungen und verfehlten Hoffnungen, gemildert oder gar beseitigt sein werden — und diese Zeit, das hoffe ich zusehends, wird bald kommen —, wird die aufopfernde Arbeit der Minister Dr. Gradnauer und Ullig eine dauernde Würdigung erfahren.

Eine große gewaltige Arbeit ist trotz des Geschaffenen noch zu leisten. Tragen Sie alle dazu bei, daß es unserer gemeinsamen Tätigkeit gelinget, sie ohne weitere Erschütterungen unseres wirtschaftlichen Lebens zu vollführen.

Auf die von meinen Gesinnungsfreunden aufgestellten

elf Punkte,

die als Forderung der sächsischen Regierung unterbreitet sind, will ich heute folgendes bemerken: Der Punkt 5 ist durch den Rücktritt des Generals Märcker erledigt. Die Erfüllung anderer Punkte ist von der Reichsregierung oder der sächsischen Regierung in Angriff genommen und, soweit es noch nicht geschehen, soll in gemeinschaftlicher Zusammenarbeit der Erfüllung nähergetreten und im Geist der neuen Zeit vollendet werden.

Zu dem Inhalt von Punkt 8 habe ich mich in Meissen vor meinen Parteifreunden ausgesprochen; ich will auch hier und nun offiziell erklären, daß ich als für mich maßgebende Faktoren nur anerkenne die Reichsverfassung und das vorläufige Grundgesetz für den Freistaat Sachsen (Bravo!) die Nationalversammlung resp. den Reichstag und die Volkskammer. Eine andere Gewalt erkenne ich nicht an, daher auch nicht das Recht des Ministerpräsidenten der Exekutiv- oder Aktionsausschüsse der Arbeiter- oder Bürgerräte, die nicht das Recht haben, mitbestimmend neben oder über der Regierung und der Volksvertretung in die Verwaltung und Regierungstätigkeit einzugreifen. (Bravo!) Die gesetzgebenden Körperschaften repräsentieren den Willen des souveränen Volkes, niemand anderes, keine andere Körperschaft. (Sehr richtig!) Damit bekenne ich mich als Gegner jeden Terrors, jeder Gewalttat. Ich werde die ehrliche Ueberzeugung eines jeden Menschen respektieren und achten, wenn sie offen und rückhaltlos zum Ausdruck gebracht wird, selbst wenn dieser Ausdruck temperamentvoll und leidenschaftlich erfolgt.

Zu dem gegenseitigen Achten und Versehen ist Offenheit und Festigkeit unbedingte Voraussetzung, ich verspreche, mit rückhaltloser Offenheit und Festigkeit meine Tätigkeit zu beginnen und fortzuführen, nichts schön zu färben, nichts schwarzer zu malen, als es ist; die furchtbare Feuerung, die noch Tausende drückende Arbeitslosigkeit, die Not von Tausenden von Kriegs- und Unfallverletzten, von Kriegserwittem und Waisen, die Summe zusammengebrochener Hoffnungen, Leid in Hülle und Fülle, die der beste Wille nicht in kurzen Zeit beseitigen kann, liegen wie ein Bleigewicht lähmend auf jeder Tätigkeit.

Eine Widerlegung des Glendes

kann schneller eintreten, wenn bei unseren streitenden Gegnern die Erkenntnis Beherrscherin der dortigen Geschehnisse wird, daß das deutsche Volk, das das Sachsenvolk, der Weltgeschichte lassen will, was diese mit Macht erfordert, daß wir das schaffende, aufwärtsstrebende Volk in der friedlichen Werkstatt der Welt sind und bleiben wollen, das als das höchste und notwendigste die Erziehung und Pflege der Freundschaft mit allen Völkern, speziell auch mit unseren süßlichen Nachbarn, erzielen will und wird.

Dessen Sie, meine Damen und Herren, mit diesem Ziel zu erreichen; an dem guten Willen der Regierung soll es nicht mangeln. Bringen Sie uns aus dem ganzen Hause das Vertrauen entgegen, das ich Ihnen heute von der Regierung entgegenbringe, dann wird und die Erfüllung unserer gemeinsamen Arbeit trotz aller Gegenständigkeit der politischen Meinungen und des sächsischen leidenschaftlichen Kampfes gelingen. Vollendung des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes, solange es als Freistaat als Glied der deutschen Republik besteht, zu